Antrag

der Abg. Andreas Glück u. a. FDP/DVP

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft

Störfälle bei Windenergieanlagen

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. welche Schlussfolgerungen sie aus dem Windradbrand bei Seelbach (Schwarzwald) zieht;
2. wie viele gefährliche Störfälle (Brand, Blitzschlag oder Abbruch einzelner Teile) bei Windenergieanlagen in Deutschland und Baden-Württemberg ihr aus den Jahren 2009 bis 2019 bekannt sind (tabellarische Angabe mit Kurzbeschreibungen);
3. inwiefern es für bestehende Windenergieanlagen konkrete Notfallpläne für Löscharbeiten bzw. für das kontrollierte Abbrennen gibt, sofern Löschen technisch nicht möglich ist (auch unter Berücksichtigung von Anfahrtswegen und örtlicher Löschwasserversorgung);
4. unter welchen technischen Voraussetzungen und unter welcher Aufsicht ein kontrolliertes Abbrennen von Windenergieanlagen durchgeführt werden kann;
5. welche Umweltschäden durch einschlägige Störfälle auftreten können, beispielsweise durch Freisetzung von Öl und Schmierstoffen;
6. welche Rauchgasentwicklung von entsprechenden Bränden ausgehen kann;
7. wie weit in den ihr bekannten Fällen Teile und Splitter der Windenergieanlagen geflogen sind;
8. von welchem Funkenflug bei entsprechenden Bränden je nach Windstärke ausgegangen werden muss;

Eingegangen: 01.04.2019/Ausgegeben: 09.05.2019

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

9. wie sie bei brennenden Windenergieanlagen im Wald – gerade in trockenen Sommern – die Gefahr von Waldbränden beurteilt;
10. wer für die in den oben stehenden Ziffern dargestellten Folgeschäden im Umfeld von havarierten Windenergieanlagen haftet;
11. inwieweit sie die Forderung des Verbands der Technischen Überwachungs-Vereine (VdTÜV) nach einer bundeseinheitlichen, umfassenden Prüfpflicht für Windenergieanlagen bewertet;
12. inwieweit sie eine Pflicht für weitergehende technische Sicherungsvorkehrungen befürwortet (z. B. integrierte Löschanlagen).

22. 03. 2019

Glück, Reich-Gutjahr, Dr. Rülke, Haußmann, Weinmann,
Dr. Goll, Keck, Dr. Schweickert, Hoher FDP/DVP

Begründung

Jüngere Störfälle bei Windenergieanlagen werfen grundsätzliche Sicherheitsfragen auf.

Stellungnahme*)

Mit Schreiben vom 3. Mai 2019 Nr. 4516/118 nimmt das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft im Einvernehmen mit dem Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration, dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau und dem Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

1. *welche Schlussfolgerungen sie aus dem Windradbrand bei Seelbach (Schwarzwald) zieht;*

Die Landesregierung hat den Verlust der Windenergieanlage bei Seelbach am 8. Februar 2019 mit Bedauern zur Kenntnis genommen. Es ist aber davon auszugehen, dass am Standort der abgebrannten Alt-Anlage eine größere und leistungsstärkere neue Anlage errichtet wird (Repowering). Die im Jahr 2013 abgebrannte Nachbaranlage wurde bereits durch eine leistungsstärkere und deutlich ertragreichere Anlage ersetzt.

2. *wie viele gefährliche Störfälle (Brand, Blitzschlag oder Abbruch einzelner Teile) bei Windenergieanlagen in Deutschland und Baden-Württemberg ihr aus den Jahren 2009 bis 2019 bekannt sind (tabellarische Angabe mit Kurzbeschreibungen);*

Zur genauen Anzahl gefährlicher Störfälle bei Windenergieanlagen in Deutschland liegen der Landesregierung keine Informationen vor. Blitzeinschläge sind bei Windenergieanlagen völlig normal und haben in aller Regel keine oder nur geringe Schäden zur Folge.

*) Der Überschreitung der Drei-Wochen-Frist wurde zugestimmt.

Nach Schätzungen des VdTÜV treten pro Jahr mindestens 50 gravierende Schäden an Windenergieanlagen in Deutschland auf.

Laut dem hessischen „Faktenpapier Sicherheit von Windenergieanlagen“ (2018) gab es deutschlandweit in den Jahren 2005 bis 2015 pro Jahr zwischen drei und zehn Brände bei Windenergieanlagen. Die Wahrscheinlichkeit eines Rotorblattabbruchs wird in der Broschüre von einem TÜV-Experten in einer Worst-case-Betrachtung mit 0,1 % pro Jahr und Anlage abgeschätzt. Dies würde bei 30.000 Windenergieanlagen 30 Rotorblattabbrüchen pro Jahr entsprechen. In der Praxis liegt diese Zahl jedoch niedriger.

In Baden-Württemberg sind der Landesregierung im Zeitraum 2009 bis 2019 drei größere Schadereignisse bekannt:

<i>Jahr</i>	<i>Ort</i>	<i>Ursache</i>
2011	Simmersfeld	Rotorblattabbruch wahrscheinlich aufgrund von Blitzschlag
2013	Lahr	Brand mit Rotorblattabbruch wahrscheinlich aufgrund eines Wartungsfehlers
2019	Seelbach	Brand mit Rotorblattabbruch wahrscheinlich aufgrund eines Wartungsfehlers

Zum Brand der Windenergieanlage in Lahr im Jahr 2013 verweisen wir auf die Stellungnahme zu der Kleinen Anfrage des Abgeordneten Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP „Brandschutz bei Windkraftanlagen“ vom 28. Oktober 2013 (Drucksache 15/4120). Zusätzlich verweisen wir auf die Stellungnahme zu der Kleinen Anfrage des Abgeordneten Thomas Axel Palka AfD „Unfälle und Betriebsstörungen bei Windkraftanlagen – gibt es auch Vorkommnisse in Baden-Württemberg?“ vom 7. Januar 2017 (Drucksache 16/1290).

3. inwiefern es für bestehende Windenergieanlagen konkrete Notfallpläne für Löscharbeiten bzw. für das kontrollierte Abbrennen gibt, sofern Löschen technisch nicht möglich ist (auch unter Berücksichtigung von Anfahrtswegen und örtlicher Löschwasserversorgung);

Für Windkraftanlagen gibt es grundsätzlich eine gesicherte Erschließung, sodass eine Zufahrt für die Feuerwehr möglich ist. Ferner benennen regelmäßig Notfallpläne die Handlungsabläufe im Brandfall. Dies umfasst – in Abhängigkeit von der Wetterlage – die Absperrung der näheren Umgebung, die von herabfallenden Trümmern getroffen werden kann, das Heranführen von Löschwasser und das Ablöschen von Sekundärbränden am Boden, die durch brennend abfallende Teile verursacht werden können. Insoweit kann auch von „kontrolliertem Abbrennen“ gesprochen werden.

4. unter welchen technischen Voraussetzungen und unter welcher Aufsicht ein kontrolliertes Abbrennen von Windenergieanlagen durchgeführt werden kann;

Für das „kontrollierte Abbrennen“ bedarf es über die Verfügbarkeit der Standardausrüstung der Feuerwehr keiner weiteren technischen Voraussetzungen. Derartige Einsätze werden vom Einsatzleiter der zuständigen Feuerwehr geleitet.

5. welche Umweltschäden durch einschlägige Störfälle auftreten können, beispielsweise durch Freisetzung von Öl und Schmierstoffen;

Generell können wie bei anderen Industrieanlagen auch bei Störfällen und Leckagen wassergefährdende Flüssigkeiten, wie z. B. Getriebe- und Hydrauliköle sowie Schmierstoffe schädliche Bodenveränderungen und/oder eine Verunreinigung des Grundwassers auslösen.

Nach Expertenmeinung ist während des Betriebs der Anlagen das Risiko für eine Belastung des Grundwassers sehr gering: Im Vergleich zu anderen Industrieanlagen werden in Windenergieanlagen deutlich weniger wassergefährdende Stoffe verwendet, und der Austritt wird durch technische Maßnahmen (z. B. Dichtungen, Auffangwannen und Auffangbehälter) wirksam verhindert oder sogar ganz vermieden: Getriebelose Anlagen bzw. luftgekühlte Transformatoren arbeiten ohne Getriebeöl bzw. Transformatorenöl.

Ausführliche Informationen zum Thema finden sich im hessischen „Faktenpapier Sicherheit von Windenergieanlagen“ (2018) im Kapitel 7

https://www.energieland.hessen.de/faktencheck_sicherheit

Ergänzend verweisen wir auf das niedersächsische „Merkblatt Grundwasserschutz beim Bau und Betrieb von Windenergieanlagen“ (2016)

<http://www.umwelt.niedersachsen.de/download/112319>

6. welche Rauchgasentwicklung von entsprechenden Bränden ausgehen kann;

Die Rauchgasentwicklung ist aufgrund der brennbaren Materialien erheblich und sie fällt stärker auf als bei anderen Bränden, die nicht in so großer Höhe liegen. Sie kann jedoch weder in der Menge, noch in ihrer Umweltschädlichkeit konkret benannt werden.

7. wie weit in den ihr bekannten Fällen Teile und Splitter der Windenergieanlagen geflogen sind;

Dies hängt vor allem von der Größe der brennend abfallenden Teile und den Windverhältnissen ab und kann daher nicht genau quantifiziert werden. Bislang wurde Streuwirkung vor allem beim Aufprall von großen, brennend abfallenden Teilen auf dem Boden beobachtet. Zumindest die großen Teile selbst jedoch fallen in der Regel nicht allzu weit entfernt vom Mast zu Boden.

8. von welchem Funkenflug bei entsprechenden Bränden je nach Windstärke ausgegangen werden muss;

Kleine brennende Bestandteile der Trümmer und glühende Partikel können im Einzelfall je nach Windsituation verstreut werden. Solche Partikel fallen jedoch nicht in großem Umfang an und die so ggf. entstehenden Brände konnten bislang durch bereitstehende Feuerwehkräfte regelmäßig gut bewältigt werden.

9. wie sie bei brennenden Windenergieanlagen im Wald – gerade in trockenen Sommern – die Gefahr von Waldbränden beurteilt;

Von einer erhöhten Wald- oder Moorbrandgefahr ist nur auszugehen, wenn größere zusammenhängende Gebiete mit einer Bewuchsstruktur an die Anlage angrenzen, die eine hohe Ausbreitungsgeschwindigkeit eines Brandes befürchten lässt. Solche Situationen sind in Baden-Württemberg wegen seiner nachhaltigen Waldbewirtschaftung, der Laub- und Mischwaldanteile, dem stufigen Waldaufbau und der überwiegend kleinteilig strukturierten Wälder die große Ausnahme. Weiter wird die Waldbrandgefahr durch die am Schadenstag herrschenden meteorologischen Verhältnissen wie Trockenheit oder Nässe beeinflusst.

Im Vergleich zu anderen Ursachen für Waldbrände (z. B. Straßenverkehr, rauchende oder grillende Waldbesucher) ist das durch Windenergieanlagen verursachte Waldbrandrisiko als gering einzuschätzen.

10. wer für die in den oben stehenden Ziffern dargestellten Folgeschäden im Umfeld von havarierten Windenergieanlagen haftet;

Für Folgeschäden in Zusammenhang mit havarierten Windenergieanlagen haftet regelmäßig der Betreiber bzw. dessen Haftpflichtversicherung. Dass ein geringes Risiko von Windenergieanlagen ausgeht, belegt unter anderem der niedrige Haftpflichtversicherungsbeitrag von 50 bis 100 Euro pro Jahr und Windenergieanlage. Windenergieanlagen verfügen über eine im Vergleich zu anderen Energieerzeu-

gungsarten sehr sichere Technik. Es gibt keine Anhaltspunkte für entstandene Personenschäden von Dritten durch Zwischenfälle bei Windenergieanlagen in Deutschland – weder bei Anwohnerinnen und Anwohnern noch bei Verkehrsteilnehmenden. Auch die durch Windenergieanlagen verursachten Sach- und Umweltschäden sind im Vergleich zu anderen technischen Einrichtungen sehr gering.

Ausführliche Informationen zum Thema finden sich im hessischen „Faktenpapier Sicherheit von Windenergieanlagen“ (2018) im Kapitel 2

https://www.energieland.hessen.de/faktencheck_sicherheit

11. inwieweit sie die Forderung des Verbands der Technischen Überwachungs-Vereine (VdTÜV) nach einer bundeseinheitlichen, umfassenden Prüfpflicht für Windenergieanlagen bewertet;

Die Landesregierung hält die aktuellen Prüfvorschriften bei Windenergieanlagen für ausreichend und sieht daher momentan keinen Handlungsbedarf, diese zu verschärfen. Insbesondere hätte wahrscheinlich keine einzige der in Frage 2 aufgeführten Havarien durch verschärfte Prüfvorschriften verhindert werden können. Trotz TÜV-Prüfung brennen z. B. pro Jahr rund 15.000 Autos auf Deutschlands Straßen ab.

12. inwieweit sie eine Pflicht für weitergehende technische Sicherungsvorkehrungen befürwortet (z. B. integrierte Löschanlagen).

Brandschutzmaßnahmen können für Windenergieanlagen im Einzelfall auf der Grundlage von § 38 Absatz 2 Nummer 19 der Landesbauordnung angeordnet werden, erforderlich ist dies in der Regel nicht. Eine Anforderung käme allenfalls dort in Frage, wo herabfallende brennende Teile zu unbeherrschbaren Brandszenarien führen können. Solche Situationen kommen in Baden-Württemberg im Grundsatz nur im Nahbereich um Hochmoore vor. Im Übrigen können in den wenigen Fällen, in denen Teile der Anlage brennend abfallen, die brennenden Teile am Boden gelöscht werden (siehe Landtagsdrucksache 15/4120). Dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau als oberster Baurechtsbehörde sind keine Fallgestaltungen bekannt, welche einen Handlungsbedarf über die bestehende Sach- und Rechtslage hinaus erfordern würden.

Untersteller

Minister für Umwelt,
Klima und Energiewirtschaft